

Frieden, Freundschaft, Solidarität! Oder ein Plädoyer für den 1. Mai und eine UNIVERSAL CULTURE ALLIANCE

Krisen sind Chancen! Ich meine aber keine Corona-Krise. Der Name ist unzutreffend, denn das Coronavirus ist alles andere als in einer Krise. Ich meine die Krise vieler Staaten und deren Gesellschaften, uns mit einbezogen. Und sie wird deutlich DURCH das Coronavirus.



Man soll mich nicht falsch verstehen. Ich bin kein Virologe. Ich habe das alles auch nicht schon längst kommen sehen. Und ich habe zwar eine Meinung, wohl aber kein fundiertes Wissen für die Beantwortung der Frage, wo die goldene Mitte radikaler Herdendurchseuchung und einem „economically shutdown“ mit „population lockdown“ ist. Aber es gibt Dinge, von denen ich (und viele andere) schon immer gesagt habe, dass DAS so nicht funktionieren kann. Zum einen störte mich seit Jahren das verschobene Wertgefüge dieser Gesellschaft verbunden mit dem Rückzug des Staates von seinen Garantiefunktionen (Schutzzweck, Leistungszweck, Sicherheitszweck). Auf Teufel komm raus wurde privatisiert, outgesourct, fremdvergeben. Noch schlimmer aber war das Lohngefüge in Deutschland. Bezahlung richtete sich tendenziell nach Wertschöpfung und nicht nach sozialem Nutzen. Eine Gesellschaft, in der eine „Influenzerin“, die für Kosmetikartikel wirbt, mehr Geld im Monat bekommt als ein Krippenerzieher und in der ein Fußballer der 2. Liga im Jahr mehr verdient als eine Krankenschwester in ihrem ganzen Leben, hat den Kompass des Sozialstaates verloren. Ein Sparkassendirektor lacht über das Gehalt der Kanzlerin. Polizisten müssen vors Bundesverfassungsgericht ziehen, um verfassungsgemäße Bezahlung zu bekommen. In grenzenloser Arroganz haben unsere Politgrößen der letzten Jahr-

zehnte, von denen kein Promille zum Staatsmann taugt, verkannt, dass staatliche Daseinsvorsorge etwas mit der Maslow'schen Bedürfnispyramide zu tun hat. Jetzt plötzlich sind Verkäufer und Pfleger „systemrelevant“. Mit Verlaub: Das waren sie schon immer! Und ja, auch ich kannte die Drucksache 17/12051 nicht, mit der die Bundespolitik am 3. Januar 2013 über das Ergebnis einer Pandemiesimulation und die enormen Risiken für Deutschland umfassend informiert wurde. Aber sie wurde mir auch nicht zugestellt und vor allem werde ich nicht dafür bezahlt, solche Berichte zu kennen und ernst zu nehmen! Zum anderen zeigt die Krise, dass wir von einer WeltGEMEINSCHAFT so weit weg sind wie die Erde von der Sonne. Wenn die Kacke dampft, sind Bündnisse Schnee von gestern. Vom Volk ohne Raum zum Staat ohne Masken. Natürlich kriegt man bei Trumps Statements Würgereize. Aber man braucht den USA nicht vorzuhalten, dass sie in China produzierte Masken, die für Berlin bestimmt waren, angeblich für sich beschlagnahmen oder für Frankreich bestimmte Masken höher bietend auf dem Rollfeld wegschnappen. Auch Frankreich stoppte eine Lieferung von Schutzbekleidung für das Leipziger St.Georg-Krankenhaus an der Grenze. America first als Rezept für alle. Wo ist der Geist der UNO? Wo ist die respektierte universelle Instanz, die ein weltweites Problem moderiert? Ja,

es gibt auch die Gegenbeispiele. Italiener werden zum Beispiel zur Behandlung nach Deutschland gebracht. Aber das ist die Ausnahme und der Nationalismus wohl die Regel. Corona ist doch kein Einzelfall. Bei der Lösung globaler Probleme wie Klimawandel und kriegs- oder mangelbedingter Migration ist der Konsens der Staaten auch nur im Rahmen der Berücksichtigung nationaler Egoismen möglich. Und im Zweifel besteht die Einigkeit der Europäer darin, sich einen Partner zu suchen, der sich für sie die Hände schmutzig macht. Bei solchen Betrachtungen fällt es kaum ins Gewicht, dass ein nicht geringer Teil unseres unabhängigen Journalismus wohl frei von mathematischer Vorbildung über die „am stärksten belasteten Länder“ nach absoluten Fallzahlen berichtet, ohne Verhältnisrechnungen zu Einwohnerzahlen in Erwägung zu ziehen. Es wäre auch nicht klug, den Menschen jetzt zu viel über Ursachen von mangelnder Grundversorgung zu berichten. Sie könnten ihre Systemrelevanz für Verbesserungen nutzen. Stattdessen warten wir auf die nächsten Zahlen des RKI, simulieren mit unseren Armen ein Dach über dem Kopf und teilen dutzendfach die dann visualisierte Lösung „Wir bleiben zu Hause!“. Da wäre mir „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ und ein gemeinsamer Kampf- und Feiertag der Werktätigen fast lieber. Ein Impfstoff, ein Schnelltest, ein Medikament gehören in die Hände der

REDAKTIONSSCHLUSS**Bitte beachten**

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Sachsen, Ausgabe Mai 2020, war der 3. April 2020, für die Ausgabe Juni 2020 ist es der 30. April 2020 und für die Ausgabe Juli 2020 ist es der 5. Juni 2020.

Menschheit, nicht eines Staates oder eines Unternehmens. Dann wären US-Aufkaufversuche von deutschen Forschungslaboren obsolet. Einziger Lichtblick: Die Chemikerin und Grimme-Online-Award-Preisträgerin Mai Thi Nguyen-Kim. Was Politiker in kryptischen Pressekonferenzen wenn überhaupt nur andeuten und der übliche Journalismus nicht schafft, in seine Sendezeit oder Artikel zu packen, wird in 25 Minuten mathematisch sachlich dargelegt (google/ youtube: „mailab“, „corona“). So geht Information!

Die Lösung? Es bräuchte wohl mindestens zwei Dinge

Erstens eine nachhaltige Wertekorrektur in unserem Lohn- und Sozialgefüge. Die Bundesliga heilt keine Kranken. Pfleger, Ärzte und Schwestern dagegen schon. Und statt des abendlichen Klatschens für die Helfer würde mir als Polizist schon reichen, wenn die Stadt Leipzig ihre finanzielle Förderung an die BSG Chemie Leipzig zum Stadionumbau an die Bedingung knüpft, dass das Verbot von „A.C.A.B“-Bekundungen in die Stadionordnung kommt. (Natürlich weiß ich, dass das nicht kommt. A.C.A.B.-Rufe sind in Leipzig Meinungsfreiheit.) Dazu bedarf es noch eines politischen Primats der Vernunft und nicht der Beliebtheit. Vielleicht werden dann Wissenschaftler und Fachleute (oder auch sachverständige Polizisten) gehört, bevor eine Unterversorgung oder eine Krise entsteht. Letztlich gehört die Erkenntnis dazu, dass ein Stückchen „Shutdown“ auch Gewinn an Lebensqualität bedeuten kann und Konsum nicht alles ist. Plötzlich gab es keinen Smog in China, bessere CO₂-Werte in Deutschland und klares Wasser in den Kanälen von Venedig. Das Zweite ist mir aber fast noch wichtiger. Globale Probleme kann man nur global lösen. Die Zeit der Nationalstaaten ist schon

Hinweise:

Das Landesjournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die sächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe ge-

deshalb vorbei, weil sich ein nicht unwesentlicher Teil der Nationen, die Ökonomie, globalisiert hat. Die Zeiten der Marx'schen „Klassischen Nationalökonomie“ sind vorbei. Dann ist aber eine universelle Wirtschaftsordnung eine Notwendigkeit und eine universelle Rechts- und Sozialordnung die logische Folge. Was von den bisherigen Nationen bleibt (und bleiben soll), sind Sprache, Traditionen, Religionen, eventuell noch Abstammungen; die verbindende Kultur halt. Insofern braucht es zukünftig weniger ein weltweites Bündnis der Nationalstaaten, sondern eher eine Art universeller Allianz der verschiedenen Kulturen. Eine UNIVERSAL CULTURE ALLIANCE! Der Gedanke ist nicht neu. Er ist sogar schon 2004 aus der UNO heraus geboren worden und ... eingeschlafen. Die Initiative hieß Allianz der Zivilisationen. Eine Werteordnung für alle. Erlebe ich das jemals? Wohl nicht. Ich will es am Beispiel der sächsischen Polizei darstellen. Und so ist es im Großen wie bei uns im Kleinen. Über Jahre hinweg haben wir (mit Ausnahmen) bis zum heutigen Tag politisch Verantwortliche gehabt, die sich am liebsten mit Leuten umgeben haben, die das sagten, was man hören wollte. Wer in Spitzenpositionen nicht das Gewünschte sagte, bestand die Probezeit nicht. Wer konsequent dienerte, wurde mit steiler Karriere belohnt. Die Elite der sächsischen Polizei hat das gelernt. Die Konsequenz ist, dass es mit diesem Paradigma ein Primat der Vernunft nie geben wird. Vernünftige Entscheidungen werden nur getroffen, wenn sie zufällig in die Menge der erwünschten Empfehlungen fallen. Und wenn man zum Beispiel Diederich Heßling zum Chef einer Bildungsstätte der Polizei machte, würde man ja auch zeigen, dass man eher Wert auf Speichel leckenden Gehorsam, denn auf wissenschaftliche Expertise läge. (Für ministerielle Führungskräfte siehe Heinrich Mann, „Der Untertan“.) Dazu kommt, dass eine emanzipierte Weltgemeinschaft demokratische Prozesse schätzen und noch mehr

kürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Die Redaktion

als bisher im Ergebnis respektieren müsste, wenn sie nicht dem eigenen (nationalen) Willen entsprechen. Die real existierende Demokratie kann aber zu oft mit tatsächlich wahrgenommener pluralistischer Willensbildung gar nichts anfangen, zeigt das auch und minimiert damit die tatsächliche Akzeptanz der Demokratie. Da meldet sich zum Beispiel der Polizei-Hauptpersonalrat beim Sächsischen Innenministerium und macht (gemeinsam mit einem hochrangigen Gremium der Staatsverwaltung – dem Landespersonalausschuss) im Interesse der Polizisten Veränderungsvorschläge zum Entwurf für die neue Laufbahnverordnung. Antwort des Personalchefs der Polizei: „Wenn wir das so gewollt hätten, hätten wir es schon so reingeschrieben. Wollten wir aber nicht.“ Ende des demokratischen Willensbildungsprozesses. Erst wenn die mitbestimmenden Instrumente der Demokratie von den Entscheidern geschätzt und gewollt sind, kann von Demokratie die Rede sein. Bis dahin bleiben Scheindemokratie praktizierender Eliten eher ein Fall für den Verfassungsschutz. Und so lange Menschen den Eindruck haben, dass sie mit vernünftigen Argumenten keine Mehrheit bekommen, nur weil es den anderen dann belasten würde, werden sie den vernünftigen Argumenten anderer, in Fällen, in denen sie belastet würden, auch nicht Folge leisten. Für uns Polizisten ist das doppelt wichtig. Persönlich als Mensch in der Mitte der Gesellschaft und beruflich als ein die Ordnung und das System stabilisierendes Element. Die Debatte, wie weit Polizei missbraucht werden könnte, um ein System zu stabilisieren, was durch eigene Fehler die Instabilität verursacht hat, ist spannend, aber nicht hier und heute zu führen. In diesem Sinne: Zivilisierte Kulturen aller Länder vereinigt euch! Für universellen Frieden, aufrichtige Freundschaft und globale Solidarität! ■

Peer Oehler**DP – Deutsche Polizei**
Sachsen**Geschäftsstelle**

Sachsenallee 16, 01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 687-11
Telefax: (035204) 687-50
www.gdp-sachsen.de
gdp@gdp-sachsen.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion

Matthias Büschel (V.i.S.d.P.)
Sachsenallee 16,
01723 Kesselsdorf
Telefon: (035204) 68711
Telefax: (035204) 68750
Redaktion@gdp-sachsen.de

Sozialwerk der Polizei

Telefon: (035204) 687-14
Telefax: (035204) 687-18
www.psw-service.de
psw@psw-service.de



Wenn du denkst, du denkst ...

Es darf auch mal
weitergedacht werden!



Hagen Husgen

Jeden Donnerstag, wenn ich im Auto auf der A 4 zwischen Bautzen und Dresden unterwegs bin, höre ich die Werbung der Kinopremieren zu den neuesten Filmproduktionen von Babelsberg bis Hollywood. Doch seit Wochen ist Ruhe – Kino fällt aus!

Aber irgendwie habe ich in diesem Zusammenhang immer den Kinohit „Outbreak – lautlose Killer“ mit den Superdarstellern Dustin Hoffmann und Morgan Freeman im Hinterkopf, der schon im Produktionsjahr 1995 ein Szenario beschrieb, welches dem heutigen sehr ähnlich ist.

Doch im realen Leben gibt es keine Superhelden, die die Welt retten

Aber dafür gibt es Supermitmenschen, die durch ihr Engagement und ihre tägliche Arbeit einen Beitrag dazu leisten, dass das Leben in diesen Zeiten noch in verhältnismäßig annehmbaren Bahnen weitergeht. Ich möchte an dieser Stelle absichtlich keine Berufsgruppen nennen, da ich mir eine vollständige oder umfassende Aufzählung nicht zutraue. Allen, die sich hiermit angesprochen fühlen, möchte ich im Namen der Gewerkschaft der Polizei Sachsen meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Uns ist bewusst, dass die Corona-Pandemie jedem Einzelnen eine Menge abverlangt. Viele Arbeitnehmer und Arbeitgeber geraten in existenzielle Nöte und sind auf die Hilfe Dritter angewiesen. Das Arbeitsleben, soweit es überhaupt noch stattfindet, hat sich verändert. Kein Handschlag mehr zur Begrüßung, Gespräche finden oftmals

nur noch über elektronische Wege statt – alles ist anders, aber notwendig.

Auch der Verzicht auf Liebgewonnenes oder auf das Alltägliche fällt den meisten nicht leicht. Seien es Treffen mit Freunden, das gemeinsame Verbringen der Osterfeiertage oder Sport- oder Kulturveranstaltungen. Vieles muss in diesen Tagen ausfallen.

Corona nimmt einfach keine Rücksicht. Auf nichts, auf niemanden!

Und jeder Einzelne ist davon betroffen, ob er es wahrhaben möchte oder nicht. Auch wir als Polizeibeschäftigte und natürlich auch wir als Gewerkschaft der Polizei.

Aus Umfragen wissen wir alle, dass das Vertrauen in die Berufsgruppe der Polizei auch in Sachsen sehr hoch in der Gunst der Bevölkerung steht. Die Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen wird von der überwiegenden Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger anerkannt und akzeptiert. Gerade in diesen Zeiten stehen wir gemeinsam mit anderen Berufsgruppen wieder im Fokus der Öffentlichkeit und leisten durch unser professionelles Auftreten einen nicht unbedeutenden Beitrag dafür, die Verunsicherung unserer Mitbürger in Grenzen zu halten. Der unmittelbare Kontakt zum Bürger verstärkt sich von Tag zu Tag in dieser Zeit. Das richtige Feingefühl und die richtigen Worte in der jeweiligen Situation zu haben, zeichnet uns in diesen Tagen aus. Das Abwägen zwischen dem Verständnis für die Sonnenanbeter in den sächsischen Seenlandschaften und dem Durchsetzen erlassener Verfügungen und Vorschriften verlangt uns eine hohe soziale Kompetenz ab.

„Bitte bewahren Sie Ruhe!“ war schon 1995 der Slogan des Trailers zu „Outbreak“. Und

genau dieser Slogan muss unser derzeitiges Handeln bestimmen. Hektik und Panikmache sind gerade für uns ein schlechter Ratgeber.

Fast täglich haben sich in den letzten Wochen die Festlegungen des Bundes und der Länder geändert. Offizielle Allgemeinverfügungen, Verordnungen und Handlungsempfehlungen hoben sich gegenseitig auf oder ergänzten sich. Oftmals nicht nur für den Bürger ein fast undurchschaubares Unterfangen noch einordnen zu können, was man darf und was nicht.

Leider waren auch immer wieder Verschärfungen notwendig, da nicht alle begreifen wollten, dass es hier nicht nur um die eigene Gesundheit gehe, sondern um die Gesundheit anderer, die insbesondere den sogenannten Risikogruppen angehören.

Hierbei die Ruhe zu bewahren und das gewisse Fingerspitzengefühl walten zu lassen, ist nicht immer ganz einfach.

Und genauso geht es uns als Gewerkschaft der Polizei – auch für uns sind diese Zeiten (nicht nur arbeitsorganisatorisch) Neuland. Auch für uns heißt es, sachlich die notwendigen Schritte zu gehen und bei den Verantwortlichen das einzufordern, was in so bewegenden Zeiten übersehen wird.

Neben der originären Aufgabe, für Ordnung und Sicherheit in diesem Lande zu sorgen (egal in welchen Zeiten wir uns gerade befinden), stehen auf unserer Agenda weiterhin die Beschäftigten und ihre Interessen ganz oben. Aus diesem Grund war es eine gewerkschaftspolitische Pflicht, trotz der verständlich vollen Terminkalender der Obrigkeit die Gespräche mit den Chefs zu suchen (wir berichteten darüber in unseren Medien) und auf die Empfehlungen, Kritiken, aber auch Forderungen unserer Mitglieder hinzuweisen.

Dazu gehört die klare Forderung, alles Erdenkliche zu unternehmen, die Sicherheit zu jeder Zeit gewährleisten zu können. Denn dies ist auch unser Verständnis.

Neuer Denkprozess wäre so wichtig

Und genau an dieser Stelle hätte schon vor Wochen ein Nachdenken beginnen müssen, welches sich von den ansonsten zur langweiligen Gewohnheit gewordenen Denkprozessen unterscheidet. Eine so ungewöhnliche Situation erfordert auch ein ungewöhnliches Denken, welches jede nur denkbare Lageveränderung mit einbeziehen muss. Jeder Worst Case muss



Bestandteil dieses Denkens werden. Man muss sprichwörtlich um die Ecke denken und sich endlich mal von dem Bild trennen, dass Arbeitnehmer von Natur aus faul sind.

Präsenz ist wichtig – aber nicht zu jedem Preis

Es geht an dieser Stelle nicht mehr darum, ob der Polizist fleißig seine 40 Wochenstunden schrubbt, da er ja schließlich genau dafür sein Salär bezieht. Wer Penunzen sehen will, muss auch da sein – egal ob Friedenszeiten sind oder draußen das Virus tobt.

Nein, es geht darum, über einen von keinem vorhersehbaren Zeitraum hinweg Sicherheit für den Bürger zu garantieren. Voraussetzung dafür sind gesunde Uniformierte (und Nichtuniformierte), die auch Wochen später noch rund um die Uhr ihrem Auftrag nachgehen können. „Weiterdenken als normal gewohnt!“, so lautet die Devise.

Deshalb wäre es so wichtig, dass vorhandene Ressourcen und „freie Spitzen“ durch den Ausfall von Fußballspielen, Veranstaltungen und Versammlungen jeglicher Art nicht verbraucht, sondern geschont werden würden. Das Virus macht keinen Bogen um die besagte Uniform. Über 100 sich in Quarantäne befindliche und knapp 30 erkrankte Bedienstete zum Zeitpunkt des Schreibens dieser Zahlen zeugen davon.

Schutzausrüstung – das Thema muss uns eine Lehre sein

Deshalb ist es auch von Anfang an so wichtig gewesen, die Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit der entsprechenden Schutzausrüstung zu bestücken und ihnen freie Hand zu geben, im eigenen Ermessen über die Nutzung dieser Ausrüstung zu entscheiden. Die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Beschaffung machten uns mehr als deutlich, wie abhängig Deutschland bezüglich der Produktion, der Beschaffung und der damit einhergehenden notwendigen Verteilung ist. Eine Lehre, die dem Staat erteilt worden ist und zu konkreten Hausaufgaben mahnt. Auch in der Polizei dürfte angekommen sein, dass ausreichende Bestände in professioneller Beschaffungs- und Lagerverwaltung existenziell sind.

Existenziell – das Wort allein hört sich schon so hochtrabend an. Es bedeutet je-

doch nichts anderes als lebenswichtig. Und genau in diese Richtung muss auch die Denkweise gehen.

In der Wirtschaftspolitik hat man die existenzielle Bedrohung von Betrieben wahrgenommen. Es wird täglich darüber nachgedacht und mithilfe von Fachleuten analysiert und entschieden, welche Pakete geschnürt werden müssen, um Schlimmeres zu verhindern. Auch wenn es immer besser geht und alle alten Denkweisen nicht auf Schlag über Bord geworfen werden. Zumindest ist der Versuch da, sich den Gegebenheiten und den damit entstandenen Bedürfnissen anzupassen. Reichen wird es am Ende nicht, zumindest nicht für alle.

Flexible, unbürokratische Regelungen müssen her

Unsere Bedürfnisse sind womöglich anderer Natur. Sie bestehen darin, dass in diesen Zeiten auch mal an den Festen des ach so starren Beamtentums gerüttelt werden darf und muss. Unbürokratisch muss es der Politik in Fleisch und Blut übergehen, die Umsetzung aktueller Forderungen in die Überl-

gungen mit einzubeziehen. Unbürokratisch muss es den Vorgesetzten gelingen, im gegenseitigen Einvernehmen mit den Kolleginnen und Kollegen auch schwierige Situationen zu meistern. Stichworte wie Fünf-Stunden-Regelung, der Überstundenabbau, der Aufbau von Minusstunden, die Abwicklung des Urlaubs oder die Betreuung von Kindern bzw. Pflegebedürftigen seien nur einige Beispiele für sofortiges Umdenken. Darüber hinaus wird sich vielleicht auch zukünftig zeigen (ohne den Teufel an die Wand malen zu wollen), wohin die Denke hinsichtlich der Anerkennung eines Gesundheitsschadens als Dienst- oder Arbeitsunfall geht.

Um nicht falsch verstanden zu werden. Prioritäten sind wie im normalen Leben ganz sicher auch heute angebracht. Uns geht es nicht darum, als Gewerkschaft aus der derzeitigen Misere Kapital zu schlagen. Davon sind wir meilenweit entfernt. Es geht uns vielmehr darum, durch gemeinsam auf den Weg gebrachte Ideen und Entscheidungen dazu beizutragen, dass jeder sächsische Bürger darauf vertrauen kann, auch in Zukunft ausreichend gesunde, hoch motivierte und kompetente Polizisten an seiner Seite zu haben.

So denken wir. ■

SCHON GEWUSST?

Nicht vergessen, Beitragsnachlass beantragen!

Bei der Gewerkschaft der Polizei Sachsen gibt es unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, Deinen Beitrag zu reduzieren:

Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Du in eine Teilzeit gehst, wenn Du also statt 40 Stunden nur 30 Stunden in einer Woche arbeitest. Bei diesem Beispiel würde Dir Dein Beitrag um 25 Prozent gesenkt.

Verabschiedest Du Dich in Deinen wohlverdienten Ruhestand, dann gibt es für unsere Rentner und Pensionäre zur jeweiligen Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe einen eigenen reduzierten Beitragssatz.

Gehst Du in Elternzeit, so besteht für Dich die Möglichkeit für den Zeitraum, in

dem Du Elterngeld beziehst, eine Beitragsenkung auf den halben Beitragssatz zu erhalten. Gleiches gilt, bei vorübergehender Freistellung vom Dienst bzw. bei Verbot der Dienstgeschäfte unter Wegfall/Kürzung der Dienstbezüge, sowie bei unverschuldeten finanziellen Schwierigkeiten. Im letzten Fall kann die Beitragshalbierung für maximal ein Jahr gewährt werden

Wichtig ist aber, dass Du uns im Vorfeld über diese Zeiten und Maßnahme informierst. Wir können die Beitragsreduzierung erst ab dem Zeitpunkt realisieren, wenn Deine Information bei uns eingegangen ist. Hierfür kannst Du Dich vertrauensvoll an Deine Bezirks- oder Kreisgruppe oder direkt an die Landesgeschäftsstelle wenden. Die Kontakte findest Du auf unserer Homepage. Wendest Du Dich direkt an die Geschäftsstelle, dann würden wir uns über eine schriftliche Information freuen. Eine formlose E-Mail ist hier völlig ausreichend. Nach Prüfung der jeweiligen Fallgruppe und des entsprechenden Zeitraumes, steht Deiner Beitragsenkung nichts mehr im Wege.

GdP – wir tun was! ■

Ein starkes Team für die Polizei!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe



Für alle Polizeibeschäftigten bleiben wir gemeinsam am Ball.

Als weltweit größte Interessenvertretung der Polizei setzt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) für Ihre beruflichen Belange ein. Die PVAG Polizeiversicherungs-AG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet Ihnen als berufsständischer Versicherer spezielle Absicherung und Vorsorge.

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!
Gebietsdirektion Dresden – Telefon 0351 80802120 – gd.dresden@signal-iduna.de
Gebietsdirektion Leipzig – Telefon 0341 31985520 – gd.leipzig@signal-iduna.de



Ernennung von Polizeischülern in Leipzig

Am 28. Februar 2020 erfolgte die vermutlich letzte Ernennung von fertig ausgebildeten Polizeischülern/-innen der LG 1.2 mit 30-monatiger Ausbildung am Dienort Leipzig unter dem Dach der Bereitschaftspolizei.

Mike Pfützer
KG BePo Leipzig

Von 72 Polizeischülern/-innen, welche 2017 ihre Ausbildung an der Polizeifachschule Leipzig (PFS) aufgenommen hatten, konnten an diesem Tag 56 zu Polizeimeisterinnen/Polizeimeistern ernannt werden. Leider haben damit wieder nur 78 Prozent der Polizeischüler die Ausbildung erfolg-

reich zum Ausbildungsende bestanden. Bleibt die Hoffnung, dass die sieben Nachprüflinge ihre Ausbildung erfolgreich abschließen. Dafür drücken wir die Daumen.

Unser Glückwunsch gilt allen 56 Beamtinnen und Beamten zur bestandenen Prüfung. Wir wünschen ihnen viel Erfolg für die



Fotos: (KG BePo Leipzig)

neu auf sie zukommenden Aufgaben. Besondere Glückwünsche gelten den drei Polizeischülern, welche ein Ergebnis von 14,43, 14,13 und 14,06 Punkten erreicht haben. Sie haben ihre Ausbildung an der PFS Leipzig absolviert. Mit dem erreichten Ergebnis von 14,43 Punkten hat der Beamte die beste Punktzahl seit Bestehen der aktuellen Ausbildungs- und Prüfungsordnung erreicht. Dies ist eine besonders herausragende Leistung, welche der Beamte über den gesamten Zeitraum gezeigt hat. Vielleicht ist es dem einen oder anderen, welcher sich noch in der Laufbahnausbildung befindet, ein Ansporn, dieses Ergebnis zu überbieten.

Die drei Besten wurden in diesem Jahr wieder mit einem Blumenstrauß und einem Büchergutschein, welcher von der GdP-Kreisgruppe der BePo Leipzig zur Verfügung gestellt wurde, ausgezeichnet. Nach der Eröffnungsrede und einem Rückblick auf die vergangenen 30 Monate Ausbildung am DO Leipzig vom Schulleiter POR Philipp, gab es noch die Dankesrede des PMA Laue an die Fachlehrer und die Beschäftigten der Geschäftsstelle der PFS Leipzig. Diese Rede war sehr offen und ehrlich verfasst und gab sicher dem einen oder anderen im Raum einen Denkanstoß.

Der zeitlich vorgesehene Rahmen wurde zwar leicht überschritten, aber danach ging es dann noch mit dem Bus ins Konzert- und Ballhaus „Neue Welt“ in Zwi-





ckau zur offiziellen Ernennungsfeier, an welcher auch der Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner teilnahm. Hier wurden 218 (davon 169 Männer und 49 Frauen) von ursprünglich 277 Beamten aus den Polizeifachschulen Leipzig, Chemnitz und Schneeberg zu Polizeimeisterinnen/Polizeimeistern ernannt.

Allen frischgebackenen Polizeimeisterinnen und Polizeimeistern viel Erfolg in den neuen Dienststellen! Allen Beschäftigten der Polizeifachschulen und des Referates 3 wünschen wir weiterhin so viel Engagement beim Aussuchen, Formen und Ausbilden der Polizeischüler.

Das Ergebnis Eurer Arbeit sind motivierte und gut ausgebildete Beamtinnen und Beamte die ihre Tätigkeit in den Dienststellen der sächsischen Polizei aufnehmen.

Egal ob unter dem Dach der Bereitschaftspolizei (wie problemlos 30 Jahre lang) oder unter dem neuen Dach (wie immer das auch am Ende heißen wird). ■



Frauenpower überall

Anfang Februar fand die erste Sitzung des Vorstandes der Landesfrauengruppe der GdP in Kesselsdorf statt. Zu Beginn informierte uns Hagen Husgen über die aktuelle Personalsituation des GdP-Bundesvorstandes und der GdP Sachsen. Nach dem Beschluss des Jahresberichtes 2019 und der Vorbereitung der Frauenkonferenz 2021 ging es um die aktuellen Belange der Frauen.

Wir engagieren uns u. a. weiter für die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf Bildungszeit und für ein neues modernes Gleichstellungsgesetz für Sachsen. Die Teilnahme an vielen Aktivitäten wurde geplant, so z. B. an der DGB Zukunftsdialog Regionalkonferenz. Diese fand am 21. und 22. Februar in Leipzig statt. 140 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Sachsen, Berlin, Brandenburg und Bayern trafen sich zum Erfahrungsaustausch.

Mentimeter, Workshops, Arbeitsgruppen, Good-Practice-Beispiele gaben Input und Anregungen für unsere weitere Gewerkschaftsarbeit.

Die Veranstaltungen rund um den Internationalen Frauentag standen wie jedes Jahr im Fokus. In Chemnitz fand am 7. März ein Symposium zum Thema „Geschlechtergerechte Städte“ mit Gästen aus den Partnerstädten Tampere und Lodz statt. Stellvertretend für die GdP-Frauen nahm Carmen Kliem



Foto: Pia Hamann

aktiv daran teil. Es wurde über viele Themen der Geschlechtergerechtigkeit, Gender-Mainstreaming sowie Genderbudgeting diskutiert.

Am 8. März folgten wir der Einladung unserer Staatsministerin für Justiz und Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Festveranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages in den Sächsischen Landtag. Dieses Jahr standen die Frauen im Handwerk im Mittelpunkt.

Weitere Veranstaltungen, wie z. B. der 3. Workshop des Personalentwicklungsprojektes der Frauengruppe Bund in Berlin oder die Betriebs- und Personalrätinnenkonferenz des DGB in Dresden, wurden leider wegen Corona abgesagt.

Carmen Kliem



Fot: KGA-F

INFO-DREI

Personalstärke im Polizeivollzug in ...

... Sachsen

Die Sollstärke ergibt sich aus der Summe der Haushaltsstellen für die Polizei Sachsen. Haushaltsstellen werden für Beamte und Arbeitnehmer getrennt ausgeworfen. Bei der Festlegung der Sollstärken wird zwischen Vollzug und Verwaltung (Verwaltungsbeamte und Arbeitnehmer) unterschieden. Mit dem Stellenabbauprogramm „Polizei Sachsen 2020“ wurde die Zielzahl von 11.820 Haushaltsstellen beschlossen. Ein Umdenken fand 2014 statt. Eine Fachkommission sollte anhand der Aufgaben den aktuellen Stellenbedarf ermitteln. Ohne auf das Procedere eingehen zu wollen, wurde ein Bedarf von circa 14.060 Stellen festgestellt. Eine Expertengruppe oder auch die Fachkommission 2.0 stellte einen weiteren Bedarf von 840 Stellen fest. Gerundet ergibt sich also aktuell eine Zielzahl von 14.900. Für den Polizeivollzugsdienst wären dann rund 12.200 Haushaltsstellen vorhanden. In der nachfolgenden Tabelle ist die Entwicklung von 2015 bis 2020 und eine Prognose unter Vorbehalt, dass sich der Haushaltsgesetzgeber den Empfehlungen der Fachkommission 2.0 anschließen würde, dargestellt.

	PVD	Verwaltung	Gesamt
2015	10.820	2.185	13.005
2016	10.772	2.111	12.883
2017	10.877	2.329	13.206
2018	10.915	2.334	13.249
2019	11.357	2.370	13.727
2020	11.691	2.371	14.062

Die GdP Sachsen und der Polizei-Hauptpersonalrat haben bei der Mitarbeit in der Fachkommission 2.0 darauf hingewiesen, dass ein Bedarf anhand der Aufgaben berechnet werden sollte. Hierzu haben wir verschiedene Faktoren herangezogen, um den tatsächlichen Bedarf konkret zu jeder Aufgabe zu ermitteln. Unsere Zielzahl liegt zwischen 16.600 und knapp 17.000 Haushaltsstellen. Für den Polizeivollzugsdienst sollten es demnach circa 14.000 Stellen sein.

Erik Berger

... Sachsen-Anhalt

Die Entwicklung folgte einer vollkommen falschen Einschätzung politischer Kräfte unseres Landes. Waren im Jahr 2006 noch 7.900 PVB im Land beschäftigt, waren durch sukzessiven Sparabbau 2015 nur noch 6.490 PVB zur Aufgabenerfüllung verfügbar. Spezifika der Gegebenheiten im Land/Flächenpräsenz spielten keine Rolle. Erst mit der Koalitionsvereinbarung 2015 erfolgte die „Kehrtwende“. 6.400 PVB bis 2021 wurden festgeschrieben.

Wie schwierig es ist, die o. a. Fehlentscheidungen zu korrigieren und welche Entbehrungen es für unsere Kolleg*innen mit sich bringt, erfahren wir seit vielen Jahren am eigenen Leib. Massive Überstunden und erhöhte Krankheitsverläufe sind Resultate dieser Entscheidungen. Die Altersstruktur in der Polizei aufgrund fehlender Einstellungszahlen bewegte sich deutlich nach oben.

Schauen wir nach vorn, so befinden wir uns seit 2019 in der Kehrtwende. Seitdem ist ein Aufwuchs an PVB zu erkennen. Erhöhte Einstellungskorridore ab 2017 greifen, wenn auch sehr langsam. In den nächsten Jahren wird es deutliche Altersabgänge und damit einhergehende Verluste an Fachwissen geben. Und genau dieser Wissenstransfer (seien es die „Bärenführer“ in der Schutzpolizei oder die „Paten“ in der Kripo) wurden mit dem massiven Abbau und fehlenden Personal aufgegeben, obwohl es ein unverzichtbares Muss für eine funktionierende und professionelle Polizeiarbeit ist. Nun bleibt abzuwarten, ob wir das Ziel im Jahr 2021 erreichen und inwieweit die politischen Entscheidungsträger aus der Vergangenheit gelernt haben. Langfristig brauchen wir 7.000 PVB, ein Ziel, das die GdP bis spätestens Ende der nächsten Legislatur 2025/26 einfordert. Der aktuelle Haushalt lässt da Zweifel aufkommen. Soll der Postendienst zur Objektbewachung doch aus den 6.400 PVB gestemmt werden. Wir werden kämpfen!

Uwe Bachmann

... Thüringen

Vor dem Hintergrund der finanzpolitischen Rahmenbedingungen hatte die Thüringer Landesregierung von 2008 bis 2019 für den Bereich Thüringer Innenministerium einen Stellenabbau von 2.020 Stellen beschlossen. Die Polizei ist der größte Organisationsbereich innerhalb des Ministeriums und sollte deshalb auch den größten Teil des Stellenabbaus tragen. Der Abbau im Polizeivollzugsdienst sollte rund 650 Stellen betragen. Insbesondere über die Zahl der Neueinstellungen wurde der Personalabbau betrieben und zum 1. Januar 2020 hat die Thüringer Polizei die geplante Personalreduzierung mehr als erfüllt.

Die aktuellen Sollstärken der Polizei resultieren aus der Polizeistrukturreform 2010. 2012 wurde das am 1. Januar 2010 vorhandene Personal zugrunde gelegt, obwohl man da schon mitten im Personalabbau war. So gibt es dann auch Organisations- und Dienstpostenpläne mit einer höheren Anzahl an Stellen gegenüber dem Landeshaushalt. Weit unterschritten werden beide Zielgrößen dann von den tatsächlich vorhandenen Polizeibeamtinnen und -beamten. Hier einige Vergleichszahlen:

	Soll	Ist	Differenz
2014	6436	5881	- 555
2017	6532	5725	- 807
2019	6866	5633	- 1233

(Quelle: Parlamentsdokumentation)

Parlament und Regierung bemühen sich nun schon seit 2016, an diesem Zustand etwas zu ändern. Seit diesem Zeitpunkt werden die Einstellungszahlen deutlich nach oben gefahren, von 125 geplanten Neueinstellungen im Jahr 2015 zu 300 geplanten Neueinstellungen im Jahr 2020. Die Beamten benötigen aber zwei bis drei Jahre für ihre Ausbildung und so ist wohl erst ab Ende 2020 wieder mit einer Personalmehrung zu rechnen. Um tatsächlich die Haushaltsstellen für Polizeivollzugsbeamte auszulasten, müssen die Einstellungszahlen in den nächsten Jahren mindestens auf dem Niveau von 2020 bleiben.

Monika Pape